



Runder Tisch
KLIMANOTSTAND
Aachen

Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2021

Fragen bearbeitet von:

Katharina Willkomm MdB

Partei:

Freie Demokraten

Disclaimer:

Im Folgenden verwenden wir für sämtliche klimawirksamen Treibhausgase die Bezeichnung CO₂ und gebrauchen in diesem Sinne die Begriffe CO₂ und CO₂-Äquivalente synonym.



Allgemein zum Klima

Mit dem Abkommen von Paris im Jahr 2015 hat sich Deutschland verbindlich dem Ziel verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn möglich 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen.

Eine schnelle und umfassende Eindämmung des Klimawandels ist daher nicht nur aus moralischen (Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung) oder eigennützigen (stabileres Wetter, politische Stabilität), sondern auch aus völkerrechtlichen Gründen in der nächsten Legislatur geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Jahr noch den Aspekt der Generationengerechtigkeit hinzugefügt, also das Recht zukünftiger und junger Generationen, nicht alle Einsparungen alleine schultern zu müssen.

Die Folgen einer Erderwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius sind bereits schwerwiegend (siehe Zusammenfassung der NASA¹). Die Folgekosten des Klimawandels und der in den letzten 30 Jahren versäumten Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung belaufen sich schon jetzt alleine in Deutschland auf viele Milliarden Euro.

1. Betrachten Sie den sich beschleunigenden Klimawandel als die größte Herausforderung der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ja, der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die Geschwindigkeit der gegenwärtigen Klimaveränderungen weist im Vergleich zu den in den erdgeschichtlichen Epochen aufgetretenen eine neue Qualität auf. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen sehen die Erde auch insoweit längst im Anthropozän, also in dem Zeitalter, in dem der Mensch zu einem entscheidenden Faktor geworden ist, der Natur und Umwelt verändert. Aus unserer Sicht folgt daraus die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass wir nachfolgenden Generationen einen intakten Planeten hinterlassen und deshalb Umwelt und Natur vor irreversiblen Schäden bewahren. Für uns Freie Demokraten als Anwalt für Generationengerechtigkeit ist deshalb klar: Klimaschutz ist eine zentrale Menschheitsaufgabe in diesem Jahrhundert.

2. Bekennen Sie sich zum 1,5 Grad-Ziel?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO₂-Limit in einem umfassenden Emissionshandelssystem zuverlässig erreichen. Es sollte jedoch regelmäßig auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Sachstandsberichten des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change) evaluiert werden.

1 <https://climate.nasa.gov/news/2878/a-degree-of-concern-why-global-temperatures-matter/>



3. Erkennen Sie an, dass innerhalb der kommenden 10 Jahre bereits unumkehrbare Kipppunkte überschritten sein könnten, die verheerende Auswirkungen haben könnten?

Ja Nein

4. Erkennen Sie an, dass Wetterextreme der letzten Jahre (z.B. Hitzeperioden, extreme Niederschlagsmengen) zum Teil auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind und solche Ereignisse bei fortschreitender Erderwärmung immer häufiger auftreten werden?

Ja Nein

5. In Deutschland werden 2% der weltweiten Emissionen emittiert. Die Verantwortung Deutschlands für den Ausstoß von CO₂-Emissionen geht aber weit darüber hinaus. Die Berücksichtigung der ausgelagerten CO₂-Emissionen würde zum Beispiel zu einem deutlich höheren Wert führen.

Sind Sie bereit, diese Sicht als Grundlage Ihres politischen Handelns festzuschreiben und als Grundlage für alle Gesetzgebungsverfahren zu betrachten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Die Handhabbarkeit und Berechenbarkeit des Modells, nachdem jedem Staat ein bestimmtes verbleibendes CO₂-Budget zugewiesen wird, spricht dagegen, sich per se außerhalb Deutschlands ausgestoßene CO₂-Emissionen zuzurechnen.

Das gilt einerseits, weil bereits auf der Grundlage der 2 Prozent eine große Aufgabe vor uns liegt und andererseits, weil dann sich daraus eine große Zahl von Folgefragen ergäbe: Welche zusätzlichen Emissionen würden dazu gezählt? Wie würde sich das auf die Budgets auswirken, in deren Staaten die Deutschland zusätzlich zuzurechnenden Emissionen entstehen? In welchem Umfang würde – angesichts der engen Verflechtung der europäischen und globalen Wirtschaft – rechnerisch das in Deutschland verbrauchte CO₂-Volumen durch Unternehmen mit Sitz außerhalb Deutschlands auf deren Sitzländer übertragen?

Gerade weil mit der Umsetzung des Übereinkommens von Paris Belastungen einhergehen, ist es für Akzeptanz, Demokratie und wirtschaftliche Umsetzbarkeit sehr wichtig, dass Bürger, Unternehmen und der Staat die Rahmenbedingungen und notwendigen Maßnahmen einordnen und nachvollziehen können.

Das Übereinkommen von Paris setzt zugleich in Artikel 6 Impulse, dass Staaten freiwillig über den eigenen Tellerrand schauen und weltweit zum Klimaschutz beitragen. Schon aus Effizienzgründen sollte sich Deutschland an solchen Maßnahmen beteiligen.

6. Soll das Lieferkettengesetz um Klimaaspekte erweitert werden, auch für Unternehmen mit weniger als 1 000 Mitarbeiter*innen gelten und nicht nur die ersten Glieder der Lieferkette erfassen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:



7. Die Strategie der Suffizienz – “was brauchen wir wirklich” – ist die wirksamste Methode, die Emissionen von CO₂ zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Wollen Sie suffizientes Wirtschaften zur Basis Ihrer Wirtschafts- und Umweltpolitik auf Bundesebene machen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Bezogen auf den Staat ist es richtig, wenn dieser sich und seine Ausgaben regelmäßig einer Aufgabenkontrolle unterzieht und sich angesichts immer größer, aber nicht agiler werdender Verwaltung, immer längerer und umfangreicherer Planungsverfahren und immer voluminöseren konsumtiver Staatsausgaben, an der Frage orientiert, „was brauchen wir wirklich?“. Bezogen auf den Markt halte ich den von Ihnen dargestellten Ansatz „suffizienten Wirtschaftens“ dann für falsch, wenn er verstanden wird als Aufgabe des Staates, Unternehmen und Verbrauchern vorzugeben, welche Waren und Dienstleistungen denn nach Entscheid der Verwaltung „wirklich notwendig“ ist. Das empfinde ich als planwirtschaftlich und bevormundend. Richtig und jedenfalls legitim ist es meiner Meinung nach hingegen, für Ressourcenschonung und effizientes Wirtschaften zu werben und entsprechende Impulse zu setzen.

8. Werden Sie sich in Anbetracht von häufiger auftretenden Hitzewellen (mit tausenden Toten in Deutschland) und Starkregenereignissen (mit hunderten Toten)² dafür einsetzen, dass Anpassungen an die Folgen des Klimawandels auf der Agenda stehen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich verweise hierzu unter anderem auf den von den Freien Demokraten in den Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag „10 Punkte für Klimaresilienz und Katastrophenmanagement“ (Drucksache 19/32080).

9. Wie stehen Sie dazu, dass bereits heute hunderttausende Menschen jährlich aufgrund von Auswirkungen des Klimawandels³ ums Leben kommen und mehrere hundert Millionen Menschen an der Erderwärmung leiden?⁴

Freitextantwort:

Jeder Todesfall, der sich auf Dürren, Überschwemmungen, Stürme oder andere Ereignisse, die sich auf den Klimawandel zurückführen lassen, ist eine Tragödie und ein zusätzlicher Grund, mit voller Energie für die Verlangsamung des Klimawandels zu kämpfen und die Klimaresistenz mit den jeweils effizientesten und verhältnismäßigen Maßnahmen zu erhöhen.

2 <https://www.ndr.de/nachrichten/info/podcasts/podcast5126.html>

3 https://www.zeit.de/online/2009/23/klimawandel-tote-studie?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

4 <https://www.theguardian.com/environment/2009/may/29/1>



10. Öffentliche Mittel, als Zuschüsse oder Darlehen, sollen nur für Projekte und Investitionen gewährt werden, die sich am sozio-ökologischen Transformationsprozess orientieren. Dies gilt für inländische (z.B. durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW) und ausländische (z.B. Hermesbürgschaften) Finanzierungen. Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Dem kann ich in dieser Absolutheit nicht zustimmen, denn der Klimawandel ist eine besonders drängende und grundlegende Herausforderung, aber nicht der einzige Megatrend, der der öffentlichen Mitgestaltung bedarf wie schon der Verweis auf Herausforderungen wie den demografischen Wandel oder die Digitalisierung zeigt.

11. Das Umweltbundesamt beziffert die Folgekosten des Ausstoßes einer Tonne CO₂ mit 195 Euro.⁵ Sollten diese Kosten Ihrer Meinung nach vollständig durch eine CO₂-Steuer abgebildet werden? Ab welchem Jahr soll die Angleichung zwischen CO₂-Steuer und Folgekosten erreicht sein?

Freitextantwort:

Eine CO₂-Steuer ist meiner Meinung nach unbrauchbar, um die CO₂-Emissionen zuverlässig in der notwendigen Größenordnung zu senken. Denn mit einer CO₂-Steuer gibt es kein CO₂-Limit, im Gegensatz zum Emissionshandel. Zudem trifft eine CO₂-Steuer alle Bürger, wohingegen beim Emissionshandel zielgenau nur die Verursacher von CO₂-Emissionen zahlen müssen. Das ist nur fair. Deswegen ist der Emissionshandel mit einem strikten CO₂-Limit das mit Abstand sinnvollste und fairste Instrument zum Klimaschutz.



12. Welche drei umweltschädlichen⁶ Subventionen sollten Ihrer Meinung nach am dringendsten abgeschafft oder umweltfreundlich umstrukturiert werden?

1. Agrarsubventionen abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

Die europäische Agrarpolitik braucht ein Update. Wir wollen weg von flächenbezogenen Direktzahlungen und hin zu mehr zukunftssichernder Investitionsförderung sowie Forschung. Wir wollen einheitliche Wettbewerbsstandards in der EU und fordern den sukzessiven Abbau der EU-Agrarsubventionen.

2. Kaufprämien abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

Auf teure Subventionen wie die Kaufprämie für E-Autos wollen wir Freie Demokraten verzichten. Die Regulierungen für Hybridfahrzeuge müssen überarbeitet werden, sodass deren reale CO₂-Emissionen berücksichtigt werden. Wir fordern stattdessen die Ausweitung des Europäischen CO₂-Emissionshandels auf den gesamten Verkehrssektor und den flächendeckenden Ausbau von Schnellladesäulen und interoperablen Bezahlstrukturen für die E-Mobilität.

3. _____ abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

13. Werden Sie in Ihrem Kompetenz-/Zuständigkeitsbereich möglichst viele Hebel in Bewegung setzen, um das Abkommen von Paris einzuhalten?
Welche Hebel werden das sein?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

6 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen>
<https://www.greenpeace.de/klimaschaedliche-subventionen>
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/milliardenschwere-subventionen-schaden-dem-klimaschutz-17384905.html>



14. Werden Sie während Ihrer Zeit in Berlin den intensiven Austausch mit Umwelt-, Klima- und Naturschutzinitiativen suchen?

- Ja, ich werde Termine einfordern Ja, aber nicht eigeninitiativ Nein

15. Sind Sie dafür, dass sich Deutschland Ende des Jahres bei der Klimakonferenz in Glasgow für konkreten (also für Maßnahmen und nicht nur für Ziele) und verbindlichen internationalen Klimaschutz inklusive Finanzierungshilfen für die armen und ärmsten Länder einsetzt?

- Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wir wollen national wie international mehr Aufforstungen und den Schutz bestehender Wälder. Ich verweise hierzu auf unseren Antrag "Weltweit mehr Wald für den Klimaschutz" (Drucksache 19/9226). Dafür müssen wir internationale Anreize schaffen – zum Beispiel durch Belohnung der langfristigen Bindung von CO₂ durch das Emissionshandelssystem. Denn Wälder und Moore sind Hüter von Biodiversität und wirksame Kohlenstoffspeicher. Dabei muss auf eine langfristige Sicherung entsprechender Projekte geachtet werden, sodass Bäume beispielsweise wachsen können und nicht binnen weniger Jahre wieder verschwinden. Mehr Wald und Moore bedeuten auch bessere Lebens-, Ernährungs- und Einkommenschancen – sowohl weltweit für Millionen Menschen in Entwicklungsländern als auch in Deutschland und Europa.



Landwirtschaft und Ernährung sowie Forstwirtschaft

Der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft kommen große Rollen zu. Beide Bereiche sind für direkte Emissionen verantwortlich und haben zusätzlich einen enormen negativen Einfluss auf die Biodiversität. Gleichzeitig können Wiesen und Wälder große Mengen an CO₂ speichern und sind damit bedeutend für den Klimaschutz.

Der Wald ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Wasserspeicher, Luftfilter, Senke von Treibhausgasen (THG) und nicht zuletzt zur Erholungs- und Gesundheitsvorsorge wichtig. Die in den letzten 200 Jahren überwiegend geförderten Nadelholz-Monokulturen erfüllen diese Funktionen nur sehr unzureichend. Die Folgen des Klimawandels zeigen zudem, dass sie deutlich stärker für Trockenheit und Stürme anfällig sind als Laubbaumarten. In Anbetracht der Tatsache, dass sich Biodiversitätskrise und Klimakrise gegenseitig anheizen, ist eine schnelle Umsetzung der Biodiversitätsstrategien auf Bundesebene, aber auch auf internationaler und EU-Ebene, vonnöten.

1. Wie ist Ihre Meinung zur Förderpolitik im Agrarsektor?

Sollten die Subventionen (aus Steuermitteln) anders verteilt werden?

Mehrere Antworten möglich

Die Verteilung von Fördermitteln, vor allem nach Fläche, sollte beibehalten werden.

Die Fördermittel sollten zum großen Teil für Ökosystemdienstleistungen der Landwirtschaft (etwa Artenvielfalt, Grundwasserschutz) gezahlt werden.

Die Fördermittel sollten vor allem kleinere Betriebe unterstützen.

Weitere Idee:

Weitere Idee:



2. Die neue Bundesregierung soll das von den Agrarminister*innen der EU-Mitgliedsstaaten beschlossene "Farm-to-Fork"-Prinzip⁷ zügig umsetzen.

Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

3. In Schweden, Norwegen, Dänemark und Frankreich wird bereits eine Steuer auf Pestizide erhoben.⁸ Befürworten Sie die Einführung einer Abgabe auf Kunstdünger und Pestizide auf nationaler oder EU-Ebene?

Nur gemeinsam auf EU-Ebene Auch als nationale Regelung Nein

Begründung:

Wir Freie Demokraten stehen der Lenkung durch Steuern grundsätzlich kritisch gegenüber. Wir wollen, dass die Landwirtschaft auch in Zeiten des Klimawandels gesunde Pflanzen ernten kann. Wir fordern daher ein beschleunigtes Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert, sowie ein Update für das EU-Gentechnikrecht. Die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft erfordert die Verfügbarkeit innovativer Pflanzenschutzmittel mit unterschiedlichen Wirkmechanismen. Wir wollen die Zulassungsprozesse sicherstellen, um gesunde Ernten zu erhalten. Neue Züchtungstechniken bieten mit hochpräzisen und kostengünstigen biotechnologischen Eingriffen umweltfreundliche Lösungen, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Widerstandsfähige Pflanzen können den Einsatz von Pflanzenschutz und Dünger erheblich verringern.

4. Wie soll sich die Menge der Nutztiere in Deutschland verändern?

Deutliche Reduktion Leichte Reduktion Keine Veränderung

Begründung:

⁷ https://ec.europa.eu/food/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en

⁸ <https://www.helmholtz.de/erde-und-umwelt/umweltforscher-fordern-pestizidabgabe/>

https://blog.gls.de/landwirtschaft/pestizidabgabe-agrarwende-politisch-anpacken/?pk_campaign=kn10321

<https://www.greenpeace.ch/static/planet4-switzerland-stateless/2019/>

<http://www.umweltinstitut.org>



5. Sind Sie für eine transparentere Kennzeichnung nachhaltiger Lebensmittel im Supermarkt (z.B. Angabe der CO₂-Äquivalente der Produkte, Wasser- und Flächenverbrauch)?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Es steht jedem Unternehmen frei, transparent für die Nachhaltigkeit zu werben. Eine bekannter schwedischer Hafermilch-Produzent wirbt beispielsweise umfassend und erfolgreich in ganz Deutschland mit der Nachhaltigkeit seiner Produkte.

Davon abgesehen wollen wir Freie Demokraten eine Harmonisierung der europäischen Produktionsstandards für Lebensmittel über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten voranbringen. Dabei gilt es zunächst, EU-einheitliche Nachhaltigkeitsstandards zu entwickeln und im Weiteren auch zu vollziehen, bevor die Diskussion über ein weiteres Label angestoßen wird. Wir sehen die Gefahr, dass eine staatliche Kennzeichnung, die die privatwirtschaftliche Systeme nicht einbindet, etablierte und vom Verbraucher akzeptierte Systeme untergräbt.

6. Es gibt viele gute Gründe für eine weitgehend pflanzliche Ernährung,⁹ z.B. bessere Gesundheit, mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz, sicherere Nahrungsmittelversorgung, Risikoverminderung von Pandemien. Sind Sie dafür, dass das Essensangebot in öffentlichen Einrichtungen größtenteils vegetarisch und vegan ist?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Im Interesse einer vielfältigen Produktauswahl, bei der jede und jeder an der Essenausgabe etwas nach seinem / ihrem Geschmack findet, bin ich dafür, dass das Essensangebot zumindest versuchs halber auch vegetarische und vegane Produkte anbietet. Wenn das Angebot schmeckt, wird es sich auf der Karte halten, wenn es den Zuspruch der Mitarbeiter nicht findet, wird es von der Karte wieder verschwinden.



- 7 Nach der im Jahr 2007 beschlossenen Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) sollten eigentlich schon bis zum Jahr 2020 mindestens 5 Prozent der Wälder (10% im öffentlichen Wald) aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden und sich durch Naturverjüngung (nach dem Motto „Natur Natur sein lassen“) selbst entwickeln. Auch im Wirtschaftswald sollten zunehmend resilientere und als THG-Speicher (in Wuchs-, Zerfalls- und Totholzphase) besser geeignete heimische Laubbaumarten gepflanzt werden. Nadelhölzer, insbesondere invasive Arten wie die Douglasie, sind keine Lösung.

Werden Sie sich für die schnellstmögliche Umsetzung der Ziele der NBS einsetzen, insbesondere für die Herausnahme besonders wertvoller Waldbereiche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung? Werden Sie sich für die großflächige Umsetzung des naturnahen Waldbaus mit klimaresilienteren und THG-speichernden Laubbaumarten einsetzen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Aufforstung mit klimaresilienten und standortgerechten Baumarten ein.
Wir bekennen uns zu einer multifunktionalen Forstwirtschaft und wollen die aktive Bewirtschaftung der Wälder fördern. Nutzungsverbote, mit denen Waldflächen aus der Bewirtschaftung genommen werden sollen, wollen wir verhindern. Aktiven Arten- und Naturschutz wollen wir mit eigentumsfreundlichem Vertragsnaturschutz statt starrer Regulierung erreichen.

8. Wald und ungenutzte Flure sind die letzten Bereiche, die Rückzugsgebiete für Tiere sein können. Aufgrund zunehmend intensiverer Agrar- und Forstwirtschaft werden Tiere aus diesen Bereichen immer weiter verdrängt. Der Eingriff in die Natur und die Beeinträchtigung des tierischen Waldlebens haben ebenso durch Freizeitaktivitäten deutlich zugenommen.

In welcher Weise wollen Sie sich für einen nachhaltigen Schutz von Wald und Flur zur Bewahrung von Artenvielfalt einsetzen?

Freitextantwort

Die Bewirtschaftung der Wälder hat Rücksicht auf die Belange des Arten- und Naturschutzes zu nehmen.



- 9 In Deutschland sind lediglich 8 Prozent der Gewässer ökologisch intakt.¹⁰
Die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind noch lange nicht erreicht.
Sind Sie für die Renaturierung von Gewässern
(z.B. das Anlegen von Retentionsräumen)?
Sind Sie für die Förderung von nachhaltiger Fischerei und für die Ausweitung von
Schutzgebieten in den Gewässern Deutschlands und der EU?

Mehrere Antworten möglich

Renaturierung von Gewässern

Nachhaltige Fischerei

Ausweitung von

Keins davon

SchutzgebieteBegründung:

Wir wollen jegliche Fischerei konsequent an den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Dabei sind Umweltverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität absolut gleichrangig zu sehen. Nur so kann die Fischerei ihre wichtige Rolle für die Welternährung auch in Zukunft spielen. Dazu wollen wir die Grundscheppnetz-Fischerei beschränken und Fangtechniken artenspezifisch anpassen, beispielsweise durch die Vergrößerung der Maschenweite von Fangnetzen. Beifang soll bei den Fangquoten angerechnet werden.

10. Welche Rolle kommt Ihres Erachtens der (Re-)Aktivierung von CO₂-Senken zu
(z.B. Wiedervernässung von Mooren, Entsiegelung und Renaturierung von Flächen,
Senkung der Neuversiegelungsrate)?

Freitextantwort

Eine große Rolle. Ein wichtiger Baustein der internationalen Klimaschutzstrategie von uns Freien Demokraten sind Investitionen in die organische Speicherung von CO₂. Insbesondere das Potential von Bäumen und die Renaturierung von Mooren, die als natürliche Senken dienen, indem sie einen Teil des CO₂ aus der Luft speichern, wollen wir nutzen. Die bisherigen, multilateralen entwicklungspolitischen Initiativen mit dem Ziel, die fortdauernde, alarmierende Waldzerstörung und den Holz-Raubbau zu vermindern (REDD+) müssen verstärkt und durch neue, unkomplizierte Instrumente ergänzt werden.

Damit würde eine wirtschaftliche Alternative zur landwirtschaftlichen Nutzung vor allem in den feuchten Tropen geschaffen, die bisher Treiber der Waldzerstörung ist. Ein weiterer Rückgang von Waldflächen ohne flächengleiche Kompensation kann sich die Menschheit nicht leisten und darf multilateral nicht weiter hingenommen werden. Da in Deutschland auf Grund der dichten Besiedelung und eines bereits heute sehr großen Waldanteils an der Gesamtfläche nur ein sehr begrenztes Potential besteht, müssen wir den Fokus auf weltweite Aufforstungs- und Renaturierungsprojekte legen.

Dazu gehören auch Anpflanzungen von Mangroven, die vier Mal mehr CO₂ speichern können als unsere Wälder, und Seegraswiesen. Gleichzeitig müssen wir der immer weiter voranschreitenden Zerstörung bestehender Ökosysteme entgegenwirken. Bei dieser Strategie muss sichergestellt werden, dass CO₂-Senken vor dem Hintergrund der eigenen Klimaschutzverpflichtungen von Entwicklungsländern etwa beim Waldschutz nicht doppelt gezählt werden. Den Klimaschutz wollen wir durch marktwirtschaftliche Mechanismen mit der Nahrungsmittelproduktion in Einklang bringen. Die Land- und Forstwirtschaft soll daher künftig als neuer Sektor in das Europäische Emissionshandelssystem aufgenommen werden, dort aber auch die Möglichkeit erhalten, CO₂-Senken (zum Beispiel durch gezielten Humusaufbau) gewinnbringend zu vermarkten.

Auch Flächenversiegelung wollen wir möglichst vermeiden, sondern zur Entlastung der angespannten Wohnungsmärkte auf ein Baulücken- und Potentialflächenkataster setzen, Dachausbau und Dachaufstockung entbürokratisieren und so eine Nachverdichtung der Innenstädte erreichen ohne erhebliche Mehrbedarfe an zusätzlichen Flächenversiegelungen zu erzeugen.



Energie

Die Energiewende ist essentieller Baustein für die Reduktion von Treibhausgasemissionen,¹¹ da das Verbrennen von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) besonders viele Emissionen erzeugt. Sogar Organisationen, die den erneuerbaren Energien in der Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, wie die aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) heraus gegründete IEA (Internationale Energie Agentur), halten das sehr ambitionierte Ziel von 1,5 Grad Celsius Erderwärmung für erreichbar und entwerfen Wege zur Umsetzung.

1. Ist ein Kohleausstieg bis 2038 ausreichend?

Ja Nein, er sollte früher geschehen – bis spätestens _____

2. Ist ein Mindestabstand von Windrädern zu Wohnbebauungen von pauschal 1000 Metern sinnvoll?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

In NRW hat der Gesetzgeber mit einer 1000-Meter-Abstandsregelung seinen vom Bund eingeräumten Handlungsspielraum genutzt. Ziel war dabei, gleichzeitig die Windenergie im Interesse der Energiesicherheit unter den gegebenen Rahmenbedingungen auszubauen und zugleich die Akzeptanz der betroffenen Anwohner bestmöglich zu erhalten.

3. Eine Solarpflicht für Neubauten und grundlegende Dachsanierungen sollte eingeführt werden, um vorhandene geeignete Photovoltaik-Dachflächen für die Stromproduktion zu nutzen.

Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich bin gegen eine allgemeine Solarpflicht für Neubauten. Diese würde dazu führen, dass sich Bauherren dann womöglich aus Kostengründen für die günstigste und nicht die effizienteste Anlage entscheiden. Das widerspreche dem übergeordneten Ziel der CO₂-Minderung. Als Freie Demokraten möchten wir motivationsgeleitete Eigenversorger, die in Zukunftstechnologien investieren wollen, über Anreize fördern und nicht den Bau und Erwerb von Eigentum durch verpflichtende Anschaffungskosten ausbremsen.



4. Welche Hemmnisse für den Bau und Betrieb von Solar- und Windanlagen möchten Sie vordringlich beseitigen?

1. Hemmnis: Umlagen, Abgaben, Steuern auf Energie

Lösungsansatz:

Wir sehen den PV-Ausbau als wichtigen Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität und möchten Hürden für den weiteren Zubau abbauen. Dazu wollen wir unter anderem die Umlagen, Abgaben und Steuern auf Energie grundlegend reformieren mit dem Ziel, die EEG-Umlage schrittweise abzuschaffen. So kann der Strompreis entlastet und die Wirkung des CO₂-Preises gestärkt werden. Wir setzen uns für ein Ende der Doppelbelastung von Speichern ein und möchten den Eigenverbrauch durch eine Befreiung von der EEG-Umlage stärken, um die Anreize für den weiteren PV-Ausbau zu erhöhen.

2. Hemmnis: Komplexität & Dauer von Genehmigungsprozessen beim Ausbau der Windenergie

Lösungsansatz:

Wir wollen auf Bundesebene die Planungs- und Genehmigungsverfahren für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und der dafür notwendigen Netze beschleunigen. Gleichzeitig stoßen wir bereits heute an Grenzen der Flächenverfügbarkeit in Deutschland. Wir setzen daher neben dem Ausbau der heimischen Produktion auch verstärkt auf europäische Lösungen und den Import klimaneutraler Energieträger, zum Beispiel in Form von Wasserstoff und seinen Derivaten.

3. Hemmnis: _____

Lösungsansatz:

5. Sehen Sie im Ausbau von Energiespeichern eine dringende Schwerpunktaufgabe, um eine vollständige Energiewende zu schaffen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Je mehr Windkraft und Photovoltaik ausgebaut werden, umso mehr Strom wird vor allem dann erzeugt, wenn der Wind frisch weht und die Sonne strahlt. Diese Stromspitzen lassen sich durch eine europaweit vernetzte Infrastruktur besser, wenn auch nicht unbegrenzt abfedern, und Zeiten mit wenig Wind und Sonnenschein können durch europaweit vernetzte Stromspeicher besser überbrückt werden, als das in nationalem Rahmen möglich ist.

Wir Freie Demokraten wollen deshalb den Ausbau von Speichern vorantreiben. Denn vor allem Stromspeicher sind eine Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Wir wollen Speicher daher als eigenständige Säule des Energiesystems neben Produzenten, Netzen sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern rechtlich definieren und für einen wirtschaftlichen Betrieb von Abgaben und Umlagen befreien.



6. Hat Ihre Partei ein Programm mit konkreten Maßnahmen, Ausbauplänen und daraus resultierenden CO₂-Einsparungen, durch das der Stromsektor Deutschlands bis 2030 klimaneutral werden kann?¹²

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Der Stromsektor muss auf klimaneutrale Energiequellen umgestellt werden. Das wollen wir durch ein striktes CO₂-Limit und eine einheitliche CO₂-Bepreisung für alle Treibhausgasemissionen erreichen. Dazu wollen wir das bestehende europäische Emissionshandelsystem auf alle Sektoren ausweiten. So gelingt effizienter Klimaschutz zu den geringsten CO₂-Vermeidungskosten. Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO₂ im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO₂ spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO₂ speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO₂-Limit in einem umfassenden Emissionshandelsystem zuverlässig erreichen. Es sollte jedoch regelmäßig auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Sachstandsberichten des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change) evaluiert werden. Sollte Klimaneutralität in der EU in dem Zuge bereits frühzeitiger angestrebt werden, kann der Emissionshandel die Zielerreichung durch Anpassung des Senkungspfades weiterhin garantieren. Damit bekennen wir uns auch zum 13. Ziel für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Den Weg dorthin überlassen wir dem Erfolgegeist von Ingenieurinnen und Ingenieuren, Technikerinnen und Technikern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. So können wir Klimaschutz marktwirtschaftlich und wissenschaftlich sicher erreichen. Der Weg kann und muss in Deutschland und Europa starten, er ist aber erst beendet, wenn alle Emissionen weltweit einen einheitlichen marktwirtschaftlichen CO₂-Preis haben.

- 7 In welcher Weise wollen Sie technologische Maßnahmen zur CO₂-Rückholung aus der Atmosphäre voranbringen?

Freitextantwort

Wir setzen uns für die Einbeziehung sämtlicher Treibhausgasemissionen aus allen Sektoren in den europäischen Emissionshandel ein. Durch das strikte CO₂-Limit werden die Klimaziele sicher und effizient erreicht und CO₂ zunächst dort eingespart, wo die Vermeidungskosten am geringsten sind. Subventionen für einzelne Technologien werden dadurch langfristig überflüssig.



Verkehr

In Anbetracht der im neuen Klimaschutzgesetz beschlossenen Sektorziele muss auch der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor in Deutschland deutlich reduziert werden. Im Vergleich zum Referenzjahr 1990 gab es im Verkehrsbereich keine Reduktion von CO₂-Emissionen.¹³

1. Das Umweltbundesamt hat im Jahr 2020 berechnet, dass ein Tempolimit auf Autobahnen zu erheblichen jährlichen CO₂-Einsparungen führen kann.¹⁴

Da diese Maßnahme finanziell und organisatorisch günstig ist (etwa im Vergleich zu Kaufprämien für E-Autos) und außerdem zu mehr Verkehrssicherheit sowie Lärm-/Schadstoffreduktion beiträgt: Wie stehen Sie zu einem Tempolimit auf Autobahnen, wie es in allen anderen Ländern der EU und des Schengen-Raumes existiert (zwischen 100 und 130 km/h)?

- Tempolimit von 130 km/h (1,9 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 120 km/h (2,6 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 100 km/h (5,4 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Ich bin gegen ein Tempolimit auf Autobahnen.

Begründung:

Wir Freie Demokraten sind gegen unverhältnismäßige Verbote in der Mobilität. Wir setzen auf Innovationen, Vernunft und Freiheit. Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote sind weder progressiv noch nachhaltig. Durch die von uns geforderte Ausweitung des CO₂-Emissionshandels werden sich umwelt- und klimafreundliche Motoren und alternative Kraftstoffe durchsetzen, weil sie gegenüber emissionsstarken Produkten günstiger werden. Innovationen und eine bessere Infrastruktur können die Verkehrssicherheit und einen umweltfreundlichen Verkehrsfluss voranbringen. Pauschale Einschränkungen des Individualverkehrs sind keine Lösung. Intelligente und innovative Verkehrslenkung bietet hingegen enorme Möglichkeiten.

¹³ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#minderungsziele-der-bundesregierung>
¹⁴ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrsplanung/tempolimit#tempolimit-auf-autobahnen-https://www.br.de/radio/bayern1/tempolimit-europa-100.html>



2. In Aachen kommen momentan 446 PKW auf 1000 Einwohner*innen.¹⁵ Der aktuelle Bundesdurchschnitt liegt bei 580 PKW pro 1000 Einwohner*innen. Wie sollte sich dieser Wert für Aachen nach einer ökologischen Verkehrswende (2030) entwickelt haben?

- gewachsen um ca. + _____ %
- gesunken um ca. - _____ % gleich bleiben +/- 0%

Begründung:

3. Werden Sie sich gegen den Ausbau des Straßen-/Autobahnnetzes in Deutschland aussprechen? Werden Sie sich stattdessen für eine massive Förderung des Schienenverkehrs und die schienengebundene Anbindung des ländlichen Raumes einsetzen?

Freitextantwort

Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland seine Ideen schneller umsetzen kann und die dafür notwendige Infrastruktur bekommt. Für alle Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Radweg – muss der Aufwuchs der Investitionsmittel verlässlich fortgesetzt und zügig verbaut werden. Dabei haben Sanierung und Modernisierung für uns Priorität.

Voraussetzung für die Stärkung des ländlichen Raumes sind eine flächendeckend zukunftstaugliche digitale Infrastruktur, ein starkes duales Bildungssystem und auch leistungsfähige Verkehrswege.

4. Soll im Jahr 2030 der nachhaltige öffentliche Personenverkehr deutlich günstiger sein als die Nutzung z.B. des motorisierten Individualverkehrs oder des Flugverkehrs?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Für die soziale, wirtschaftliche Teilhabe des einzelnen und klimafreundliche Mobilität kommt es aus Sicht der Freien Demokraten nicht darauf an, ein bestimmtes Verkehrsmittel oder Mobilitätskonzept vorzugeben, sondern darauf, die erstgenannten Ziele zu erreichen. Die marktorientierte Lösung liegt auch hier darin, den Verkehrssektor in den CO₂-Emissionshandel einzubeziehen.



Städtebau, Bauen, Stadtgrün

„Deutschland ist gebaut“ – und circa 40% des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf den Bausektor, inklusive des Betriebs der Gebäude. Ebenso werden etwa 54% des Mülls durch ihn verursacht. Der Ressourcenverbrauch ist mit einem ungefähren Anteil von 40% zu beziffern. Daher bietet der Bausektor eines der größten Einsparpotentiale aller Sektoren.

Auf EU-Ebene werden zurzeit weitgehende Vorgaben entwickelt, um das nachhaltige Bauen voranzutreiben sowie einen Städtebau zu forcieren, der die Folgen des Klimawandels abmildern soll. Hier sind der European Green Deal¹⁶, das New European Bauhaus¹⁷, aber auch die EU-Taxonomie¹⁸ zu nennen.

1. Welche Strategien und konkrete Maßnahmen für das nachhaltige Bauen und einen Städtebau für die Klimafolgenanpassung wollen Sie auf Basis der Vorgaben der EU¹⁹ in der nächsten Wahlperiode prioritär initiieren bzw. fördern?

Lösungsansatz 1 CO₂-Emissionshandel auf Bausektor ausweiten

Begründung:

Wir wollen ein striktes CO₂-Limit und eine einheitliche CO₂-Bepreisung für alle Treibhausgasemissionen erreichen. Dazu wollen wir das bestehende europäische Emissionshandelssystem auf alle Sektoren ausweiten. So gelingt effizienter Klimaschutz zu den geringsten CO₂-Vermeidungskosten. Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO₂ im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO₂ spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO₂ speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien.

Lösungsansatz 2 Ressourcennutzung minimieren

Begründung:

Wir wollen die Ressourcennutzung durch Effizienzsteigerungen, Anpassung der Normen und multifunktionale Grundrisse minimieren, den Anteil an Recyclingbaustoffen erhöhen, die Flächenversiegelung senken und trotz allem das Bauen und damit auch das Wohnen bezahlbar halten. Diese Ziele sind ambitioniert, aber sie sind erreichbar – wenn wir Innovationen ermöglichen, Technologieoffenheit garantieren und ein CO₂-Limit im Rahmen eines sektorübergreifenden Emissionshandelssystems konsequent umsetzen.

Lösungsansatz 3 Rahmenbedingungen für eine energie- und verkehrsreduzierende Nachverdichtung verbessern

Begründung:

Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine energie- und verkehrsreduzierende Nachverdichtung verbessern. Baulückenkataster können dazu beitragen, freie Baugrundstücke zu aktivieren, Dachaufstockungen den Flächen- und Verkehrsbedarf reduzieren. Ordnungsrechtliche Maßnahmen wollen wir zugunsten der Technologieoffenheit in Neubau und Sanierung reduzieren.

Lösungsansatz 4

Begründung:

¹⁶ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

¹⁷ https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de

¹⁸ https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de

¹⁹ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de

https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de



2. Die allergrößte Aufgabe im Bausektor ist die Sanierung des Bestands - nicht der Neubau. Hierbei ist es erforderlich, nicht ausschließlich auf energieeffiziente Maßnahmen auf Gebäudeebene zu setzen. Eine CO₂-neutrale Versorgung unserer Quartiere und Städte spielt hier die zentrale Rolle.

Wie möchten Sie auf Bundesebene über Fördergelder hinaus Maßnahmen anstoßen, um innovative und großräumige Prozesse für klimaneutrale Quartiere zu initiieren und schnell umzusetzen?

Lösungsansatz 1 Entbürokratisierung des Dachausbaus und der Dachaufstockung

Begründung:

Die steigende Wohnraumnachfrage in den Wachstumsregionen wollen wir dabei insbesondere durch eine Entbürokratisierung des Dachausbaus und der Dachaufstockung, etwa bei der Stellplatz- und Aufzugspflicht, erleichtern. Hierfür wollen wir gemeinsam mit den Ländern im Rahmen der Bauministerkonferenz neue Impulse für eine konsequente Bestandsentwicklung setzen.

Lösungsansatz 2 Anhebung der linearen Abschreibung auf 3 Prozent

Begründung:

Durch den Abbau von Investitionshindernissen, beispielsweise der Mietpreisbremse oder von Erhaltungsverordnungen und einer Anhebung der linearen Abschreibung auf drei Prozent wollen wir Immobilieneigentümern zusätzliche Investitionsspielräume ermöglichen.

Lösungsansatz 3 Reallabore für experimentelles und innovatives Bauen

Begründung:

Wir wollen Reallabore für experimentelles und innovatives Bauen abseits der strikten Bauvorschriften ermöglichen. Das Baurecht bildet ein enges Korsett für Kommunen, Architektinnen sowie Architekten, Ingenieurinnen sowie Ingenieure, Bauunternehmerinnen sowie Bauunternehmer und begrenzt deren Kreativität. Wir wollen auf kleinen Flächen auch beim Bau ein „Out of the box“-Denken ermöglichen. Die positiven Erfahrungen aus den innovativen Bauten und Prozessen sollen den Weg in das reguläre Baurecht finden.

Lösungsansatz 4

Begründung:

3. Der gesamte Lebenszyklus einer Immobilie steht nicht mehr im Fokus der Investitionen im Gebäudebereich. Investitionen müssen vielfach nach 12-15 Jahren zurückverdient sein. Dies hat nicht nur rasant steigende Mieten, sondern auch einen immensen Flächenverbrauch und erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zur Folge. Möchten Sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes den Rahmen für eine Investition bildet?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:



4. Um CO₂-Emissionen zu vermindern und Ressourcen zu sparen, ist es erforderlich, den Baubestand zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dadurch wird gegenüber dem Neubau signifikant weniger CO₂ emittiert und es werden in erheblichem Umfang Ressourcen gespart.

Unterstützen Sie gesetzliche Vorhaben²⁰, welche Abriss vermeiden und eine Weiterentwicklung des Bestandes fördern?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich verweise auf meine Antwort im Abschnitt "Städtebau, Bauen, Stadtgrün" unter 1.

5. Für den noch erforderlichen Neubau ist es notwendig, dass Recyclingquoten im Sinne der Kreislaufwirtschaft festgelegt werden. Ebenso muss der Anteil des Einsatzes von natürlichen Materialien gestärkt werden, welche wieder der Natur zugeführt werden können (urban mining / cradle to cradle).

Möchten Sie für den Neubau eine Quote für den Einsatz von rezyklierten und natürlichen Materialien von

100% 75% 50% 0% einführen

Begründung:

Wir Freien Demokraten vertrauen in die Innovationskräfte der Marktwirtschaft, weshalb wir anspruchsvolle Umweltziele mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen wollen. Im Klimaschutz setzen wir auf einen sektorübergreifenden Emissionshandel, bei dem der Marktpreis für Emissionszertifikate Innovationsanreize für den Umbau der Energiesysteme setzt, was auch die Nutzung geologischer Potentiale für den Entzug von Treibhausgasen einschließt. Negative Emissionen sind eine wesentliche Bedingung für eine wohlstandserhaltende Erreichung ambitionierter Klimaschutzziele. In der Kreislaufwirtschaft wollen wir vor allem wirksam verhindern, dass Abfälle in die Umwelt gelangen, wodurch die Wirtschaft gezwungen ist in Stoffkreisläufen zu produzieren. Dabei wollen wir möglichst auf starre Quoten und Verbote verzichten.



6. Wir brauchen eine durchgrünte und damit lebenswerte Stadt.²¹ Dies beginnt bei hochwertiger Aufenthaltsqualität und geht über Entsiegelung, Renaturierung im städtischen Umfeld, Biodiversität, urbane Landwirtschaft, Wassermanagement (Schwammstadt), Maßnahmen gegen die Aufheizung der Städte bis zur Begrünung von Gebäuden.

Wie möchten Sie Prozesse anstoßen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit diese Maßnahmen flächendeckend in Deutschland umgesetzt werden?

Lösungsansatz 1 Finanzielle Unterstützung der Kommunen

Begründung:

Klimaangepasste Kommunen sind für uns Freie Demokraten ein wichtiges Ziel. Die Handlungsansätze des »Weißbuch Stadtgrün« für eine klimaangepasste Stadtentwicklung geben uns dabei wichtige Impulse. Für uns ist wichtig, die Kommunen finanziell zu unterstützen und bundesweit Synergien zu nutzen. Die Stärkung des Stadtgrün muss in Partnerschaft mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der kommunalen Wirtschaft erreicht werden. Auch der Dialog mit Verbänden, Kammern und Hochschulen ist uns wichtig, um verschiedene Kompetenzen zu bündeln. Uns ist eine realitätsnahe integrierte Stadtplanung und flexible Umsetzung kommunaler Vorschriften wichtig, wie etwa der Stellplatzverordnungen und -satzungen. Darüber hinaus wollen wir flächensparendes Bauen durch Nachverdichtung und Dachgeschossausbau fördern, um so den Druck auf die knappe urbane Fläche zu reduzieren. Für Konzepte wie Bauwerksbegrünung und Förderung der Gartenkultur besteht Informationsbedarf und eine Umsetzung im Dialog mit Immobilien- und Grundstückseigentümern nötig. Bei der Evaluierung der praktischen Umsetzung von Stadtgrünkonzepten setzen wir auf Citizen-Science-Ansätze, deren Ergebnisse in die Weiterentwicklung der Konzepte einfließen sollen.

Lösungsansatz 2 Novelle des Baugesetzbuchs

Begründung:

Wir Freie Demokraten wollen durch eine Novelle des Baugesetzbuchs den Kommunen verschiedene Instrumente für eine moderne Flächennutzungsplanung an die Hand geben. Damit wollen wir den Kommunen nicht nur die Ausweisung von neuem Bauland erleichtern, sondern auch zusätzliche Optionen für die Schaffung von neuen Grün- und Freiflächen geben. Letztendlich obliegt es den Kommunen und ihrer Planungshoheit, inwiefern sie bei der Stadtentwicklung diese Instrumente und Zuschüsse nutzen und dadurch einen Beitrag zur Entwicklung einer klimaresilienten Stadt leisten.

Lösungsansatz 3

Begründung:

Lösungsansatz 4

Begründung:



5. Ökologisch bereits wirksame Grünstrukturen wie z.B. Parks, Friedhöfe und Kleingartenanlagen und verwilderte Brachen dürfen nicht gefährdet werden. Eingriffe in diese Strukturen sollten nicht oder nur sehr sensibel erfolgen. Setzen Sie sich nachdrücklich für den Erhalt von urbanen Grünflächen ein?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich verweise auf meine Antwort unter 6., Lösungsansatz 2. Die Entscheidung liegt in der Hand der Kommunen. Der Bund kann die Möglichkeiten der Kommunen im Baugesetzbuch erweitern.



Abfall, Recycling, Kreislaufwirtschaft

Die Vermeidung von Abfällen durch Wiederverwendung und Reparatur ist in den allermeisten Fällen die klimaschonendste Maßnahme. Ist dies nicht möglich, lassen sich durch Recycling Emissionen verhindern und natürliche Ressourcen schonen.

1. Sind Sie für die Ausweitung eines für Hersteller verpflichtenden Pfandsystems/Mehrwegsystems auf weitere Bereiche (z.B. Weinflaschen, Aufstrichgläser, Take-Away-Verpackungen in der Gastronomie)? Dieses System muss lange Transportwege vermeiden und daher auf standardisierten Verpackungen/Behältnissen basieren.²²

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wir wollen technologieoffenes Recycling in Deutschland ermöglichen und Abfälle zu neuen Rohstoffen machen, um letztlich eine EU-weite Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Wir wollen das chemische Recycling als gleichwertige Möglichkeit des Recyclings von Verpackungen zulassen und somit die rechtliche Diskriminierung dieser vielversprechenden Technologie beenden. Denn Ressourcenschonung kann auch durch innovative Wiederverwertungstechnologien erreicht werden.

2. Wie stehen Sie zu einem Recht auf Reparierbarkeit?

Freitextantwort



3. Frankreich hat 2020 einen Reparierbarkeitsindex²³ (in schwacher Form) für elektrische Geräte eingeführt.

Können Sie sich vorstellen, den Blauen Engel um die Kategorie „Reparierbarkeit“ zu erweitern, sodass beim Einkauf leicht nachvollziehbar ist, wie leicht ein Produkt repariert werden kann?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ohne Bezug auf den Blauen Engel zu nehmen, kann ich mir ein freiwilliges methodisch einheitliches und transparentes Siegel zur Reparierbarkeit vorstellen, das Vertrauen und Orientierung für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Hersteller im Sinne der Kreislaufwirtschaft schaffen kann. Wenn Konsumenten ihre Kaufentscheidung auch an der Reparierbarkeit der Produkte ausrichten, ergibt sich für die Hersteller ein wirksamer Anreiz, ihre Herstellungsverfahren an danach auszurichten.

4. Durch das Erschließen neuer Rohstoffvorkommen entstehen massive Umweltschäden²⁴ (beispielsweise in Regenwäldern und am Meeresgrund). Der Abbau neuer Rohstoffe lässt sich durch geschlossene Rohstoffkreisläufe wenigstens verringern.

Sehen Sie daher die Notwendigkeit, eine vollumfassende Kreislaufwirtschaft in Deutschland zu etablieren?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wir Freie Demokraten lehnen Mindesteinsatzquoten von Recyclingrohstoffen ebenso ab wie staatliche Eingriffe in das Produktdesign. Wir setzen stattdessen auf Anreize zur Umsetzung einer umwelt- und ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft.